

HAUPTSATZUNG

der Gemeinde Ladelund

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 07.05.2013 und mit Genehmigung des Landrats des Kreises Nordfriesland folgende Hauptsatzung der Gemeinde Ladelund erlassen:

§ 1

Wappen, Flagge, Siegel

(1) Das Wappen zeigt:

„In Gold einen roten Göpel, begleitet rechts von einem blauen, dreiblättrigen Eichen-
zweig, links von einem blauen Kleeblatt, unten von drei blauen, durchgehenden
Wellenfäden.“

(2) Die Gemeindeflagge zeigt „auf gelbem Flaggentuch die Figuren des Gemeindegewappens in
flaggengerechter Tinktur.“

(2) Das Dienstsiegel zeigt das Gemeindegewappen mit der Umschrift:

„Gemeinde Ladelund, Kreis Nordfriesland“

(3) Die Verwendung des Gemeindegewappens durch Dritte bedarf der Genehmigung der Bür-
germeisterin oder des Bürgermeisters.

§ 2

Bürgermeisterin oder Bürgermeister

(1) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

(2) Sie oder er entscheidet ferner über

1. Stundungen bis zu einem Betrag von 6.000,00 €
2. Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und Niederschlagung solcher Ansprüche, Führung von Rechtsstreiten und Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 1.200,00 € nicht überschritten wird.
3. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleich kommen, soweit ein Betrag von 3.000,00 € nicht überschritten wird.
4. Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 3.000,00 € nicht übersteigt.
5. Abschluss von Leasingverträgen, soweit der monatliche Mietzins 300,00 € (die Gesamtbelastung 18.000,00 €) nicht übersteigt.

6. Veräußerung und Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 6.000,00 € nicht übersteigt.
7. Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften bis zu einem Wert von 12.000,00 €
8. Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden, soweit der monatliche Mietzins 500,00 € bzw. der jährliche Mietzins 6.000,00 € nicht übersteigt.
9. Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 6.000,00 €
10. Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 6.000,00 €
11. Die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 des Baugesetzbuches, sofern die Verwirklichung des betreffenden Vorhabens nicht die Grundzüge der Planung berührt oder von besonderer städtebaulicher Bedeutung ist.
12. Die Ausübung von Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten der Gemeinde nach naturschutzrechtlichen Vorschriften.
13. Die Ausübung der der Gemeinde nach der Landesbauordnung obliegenden Einvernehmenserklärungen und sonstigen Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten.
14. Die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechtes nach dem Baugesetzbuch.

§ 3

Ständige Ausschüsse

a) Finanzausschuss:

Zusammensetzung:
5 Mitglieder

Aufgabengebiet:

Finanzwesen
Grundstücksangelegenheiten
Steuern und Abgaben
Prüfung des Jahresabschlusses

b) Bau, Natur- Umwelt- und Wegeausschuss:

Zusammensetzung:
7 Mitglieder

Aufgabengebiet:

Natur- und Umwelt, Wegeangelegenheiten
Bau- und Planungswesen

c) Naturbad-, Jugend-, Sport- und Kulturausschuss:

Zusammensetzung:
7 Mitglieder

Aufgabengebiet:

Naturbadwesen
Jugend, Sport und Kulturangelegenheiten

d) Kindertagesstättenausschuss:

...Zusammensetzung
5 Mitglieder

Aufgabengebiet

Angelegenheiten der Kindertagesstätte

In die Ausschüsse zu b) c) und d) können Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, die der Gemeindevertretung angehören können müssen; ihre Zahl darf die der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter im Ausschuss nicht erreichen.

(2) Neben den im Absatz 1 genannten ständigen Ausschüssen können nach besonderen gesetzlichen Vorschriften oder für besondere Maßnahmen Ausschüsse bestellt werden.

(3) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 8 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Personen übertragen.

(4) Jede Fraktion stellt für die ständigen Ausschüsse nach Abs 1 bis zu 2 stellvertretende Ausschussmitglieder. Die stellvertretenden Ausschussmitglieder einer Fraktion vertreten in der Reihenfolge, in der sie aufgestellt sind, fraktionslose Gemeindevertreterinnen / Gemeindevertreter werden durch ein Mitglied ihrer Partei bzw. Wählergruppe vertreten. Es können, soweit Abs. 1 dies vorsieht, neben Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern auch andere Bürgerinnen und Bürger zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern gewählt werden. Sie müssen der Gemeindevertretung angehören können.

(5) Für Ausschüsse (Ausnahme: Finanzausschuss) können auch Bürgerinnen und Bürger als Stellvertreter gewählt werden, die der Gemeindevertretung angehören könnten müssen.

§ 4

Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie diese nicht auf die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

§ 5

Einwohnerversammlung

(1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann einmal im Jahr eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner einberufen. Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt.

(2) Für die Einwohnerversammlung ist eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mehr als 50 Prozent der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.

(3) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit bis zu 5 Minuten je Rednerin oder Redner beschränken, falls dies zur ordnungsmäßigen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.

(4) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister berichtet in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung

ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mehr als 50 Prozent der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden.

Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.

(5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss mindestens enthalten:

1. Die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
2. die ungefähre Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde, und das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

(6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

§ 6

Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreterinnen oder -vertreter oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 6000,00 € bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 600,00 €, halten. Ist dem Abschluss eines Vertrages eine öffentliche Ausschreibung vorangegangen und der Zuschlag nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Leistungen erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 26.000,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 2.600,00 € hält.

§ 7

Verpflichtungserklärungen

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 2.600,00 € bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 260,00 € nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung entsprechen.

§ 8

Veröffentlichungen

(1) Satzungen der Gemeinde werden durch Aushang an der Bekanntmachungstafel, die sich

auf dem Grundstück des Dienstleistungszentrum (Dorfstraße 44)

befindet, während einer Dauer entsprechend der Bekanntmachungsverordnung Schl.-Holst. bekannt gemacht. Die Bekanntmachung ist mit dem Ablauf des letzten Tages der Aushangsfrist bewirkt.

(2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

(3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 9

Gleichstellungsbeauftragte

(1) Der Gleichstellungsbeauftragten des Amtes Südtondern wird das Recht eingeräumt, dass sie an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse der Gemeinde teilnehmen kann. Ihr ist dort im Rahmen der Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches auf Wunsch das Wort zu erteilen.

§ 10

Verarbeitung personenbezogener Daten

(1) Die Gemeinde ist für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Gemeindevvertretung sowie der sonstigen Ausschussmitglieder bei den Betroffenen gemäß § 13 und 26 LDSG zu erheben und in einer Überweisungs- sowie einer Mitgliederdatei zu speichern.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Erhebung von Namen, Anschriften, Funktionen und Tätigkeitsdauer von ehrenamtlich Tätigen bei den Betroffenen gemäß § 13 und 26 LDSG und Speicherung in einer Mitgliederdatei sowie Überweisungsdatei.

§ 11

Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt zum 01.06.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 01.06.2008 in der Fassung vom 07.04.2009 außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrats vom 13.05.2013 erteilt.

Ladelund, den 27.05.2013

Brümmer

Siegel

gez. Rüdiger

Rüdiger Brümmer
Bürgermeister